



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software verbessern

Aktuell seit 04.02.2026 20:12:57

Angegeben von:

Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V. (R001317) am
26.06.2024

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung zur Stärkung der digitalen Souveränität die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Open Source in der öffentlichen Verwaltung verbessert und bestehende Hürden abbaut. Hierfür soll die Bundesregierung sich analog zu Ländern wie Schleswig-Holstein, Sachsen oder Berlin eine eigene Open-Source-Strategie geben. Zur Umsetzung der Ziele aus der Strategie sind ggf. bestehende Gesetze zu ändern (z.B. Egovernment-Gesetz des Bundes, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen o.a.).

Betroffene Interessenbereiche (12)

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#)

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)

Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#)

Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Open Source Software; Digitale Souveränität

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2502120025 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]